

Jeden zweiten Tag muss die Polizei kommen

Im Asylzentrum Bässlergut kommt es immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen

Von Mischa Hauswirth

Basel. Am Mittwoch vor Ostern, kurz vor 18 Uhr: Mehrere Polizeipatrouillen müssen zum Bundesasylzentrum Bässlergut ausrücken. Ebenfalls vor Ort sind mehrere Sanitätsfahrzeuge. Vor dem Eingang zum Zentrum ist ein grosser Menschaufmarsch. «Rund zwanzig Asylbewerber sind aufeinander losgegangen, es kam zu einer Massenschlägerei», sagt Peter Gill, Medienchef der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt. «Die Polizei wurde alarmiert, weil die Situation innerhalb des Zentrums eskalierte.»

Eine Person wurde bei der gewalttätigen Auseinandersetzung verletzt und musste im Spital behandelt werden. Wer genau wie in den Streit verwickelt war, versucht die Staatsanwaltschaft herauszufinden, doch gemäss Gill dürfte sich dies als schwierig erweisen. Dennoch haben die Strafverfolgungsbehörden ein Verfahren wegen Raufhandels eröffnet. «Der Konflikt brach bei der Essensausgabe aus. Am Streit waren unterschiedliche Personen aus verschiedenen Ländern beteiligt, alles nur Männer», so Gill. Durch den Streit ging eine Scheibe zu Bruch.

Konflikte haben in der gesamten Schweiz im vergangenen Jahr deutlich zugenommen. In der Folge stieg auch die Zahl der Interventionen durch die Sicherheitsdienste sowie durch die Polizei deutlich an. Gemäss den Controlling-Berichten des Staatssekretariats für Migration (SEM) hat sich die Zahl der Eskalationen in den Bundesasylzentren von 2015 auf 2016 verdoppelt. Insgesamt kam es 2016 zu 1145 Zwischenfällen. 315 Mal musste die Polizei intervenieren, um die Ordnung wiederherzustellen.

179 Einsätze im Bässlergut

SEM-Mediensprecherin Céline Kohlprath begründet die Häufigkeit der Konflikte unter den Asylsuchenden wie folgt: «Die Gesuchstellenden setzen sich aus verschiedenen Herkunftsregionen und -ländern zusammen. Divergierende Glaubensrichtungen, ethnische Differenzen sowie politische und kulturelle Ansichten können zu Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen führen.»

Wie weit es zu Spannungen und Handgreiflichkeiten von Muslimen auf Christen kommt, diese Frage beantwortete das SEM der BaZ nicht.

In diesem Jahr wurde die Kantonspolizei Basel-Stadt bereits 33 Mal ins Asylzentrum gerufen, in der gleichen Periode im Vorjahr waren es 50 Alarmierungen gewesen. Im gesamten 2016 hatte die Polizei 179 Mal ins Asylzentrum Bässlergut ausrücken müssen, das entspricht rund 57 Prozent der vom SEM registrierten Polizeieinsätze in allen nationalen Asylzentren (Empfangs- und Verfahrenszentrum).

Warum wurde die Polizei in Basel alarmiert? «Die Gründe sind mannigfaltig und reichen von der fremdenpolizeilichen Festnahme oder ausgeschriebenen Personen über aufgefundene Drogen, renitente oder betrunkene Personen, Tötlichkeiten und andere Streitereien bis hin zum Fund von vermutetem Diebesgut», sagt Martin Schütz, Sprecher des Justiz- und Sicherheitsdepartements Basel-Stadt.

Dass diese Einsätze selten friedlich und unproblematisch für Polizisten ablaufen, sagte Justizdirektor Baschi Dürr (FDP) indirekt, als er sich am 28. März 2017 auf *Telebasel* zu Basel als kriminellste Stadt der Schweiz äusserte. Der Moderator fragte Dürr, warum die Anzeigen wegen Drohung gegen Beamte so deutlich angestiegen seien

(plus 91 Prozent). «Ein Grossteil des Anstieges ist auf Vorfälle im Asyl- und Bundeszentrum des Bundes zurückzuführen», sagte Dürr damals.

Ursache näher analysieren

Unter Politikern werfen die Einsatzzahlen Fragen auf. «Ich bin der Ansicht, dass so eine massive Zunahme an Polizeieinsätzen näher angeschaut werden muss», sagt SP-Grossrätin Tanja Soland. Es sei zwar verständlich, dass es zwischen Personen mit unterschiedlichem Hintergrund und Problemen zu Auseinandersetzungen komme, es sollten «aber unbedingt auch Alternativen zu den Polizeieinsätzen geprüft werden, denn diese wären ja nur für Notfälle gedacht».

Allenfalls müsse die räumliche Einrichtung beziehungsweise die Anzahl Personen pro Zimmer verringert werden, sagt Soland. «Vielleicht sollte es eher mit Wohngruppen gestaltet sein und jeder muss sicher einen Rückzugsort haben. Zudem bin ich der Ansicht, dass es unbedingt professionelles Betreuungspersonal wie Sozialarbeitende braucht – auch in der Nacht.»

FDP-Grossrat Luca Urgese will zuerst mehr Abklärungen und Informa-

tionen, bevor über Änderungen gesprochen werde. Man müsse herausfinden, warum gerade im Bässlergut so viele Polizeiinterventionen erforderlich sind. «Insbesondere wenn es in anderen Bundesasylzentren weniger Einsätze pro Kopf gibt, sollte man sich anschauen, was dort anders gemacht wird», sagt er.

Für SVP-Grossrat Eduard Rutschmann ist der Umstand «nichts Neues». Nur seien nun einfach zum ersten Mal Zahlen bekannt geworden. «Das Problem, das vom Bundesasylzentrum ausgeht, wird von Justizdirektor Baschi Dürr und dem Grossen Rat kleingeredet», sagt Rutschmann.

Im Herbst 2016 hatte er verlangt, das Bundesasylzentrum nach 20 Jahren in einen anderen Kanton zu verlegen. «Wenn wir keine Asylempfangsstelle mehr auf unserem Kantonsgebiet haben, wird mit Sicherheit die Kriminalität von Asylbewerbern massiv zurückgehen», begründet Rutschmann seine Forderung. Würde die Wahrheit bekannt, wie sehr das Asylzentrum die Polizei beschäftigt, müssten die Polizeiverantwortlichen eingestehen, dass weniger Zeit für andere Polizeiaufgaben bleibt als versprochen wird, so Rutschmann.

Steigende Fallzahlen am Unispital

Das USB macht deutlich mehr Umsatz – dennoch besteht Verbesserungsbedarf

Von Nina Jecker

Basel. Das Lächeln auf den Gesichtern von Unispital-Direktor Werner Kübler, Verwaltungsratspräsident Robert-Jan Bumbacher und Finanzchef Martin Gerber hatte gestern wohl direkt mit den Zahlen des vergangenen Jahres zu tun. Die drei konnten einen um 41 Millionen auf 1,074 Milliarden Franken gestiegenen Nettoumsatz, einen fast verdoppelten konsolidierten Gewinn von rund 13 Millionen Franken und eine Steigerung der Fallzahlen von zehn Prozent bei den stationären Patienten sowie um 4,6 Prozent im ambulanten Bereich verbuchen.

Bei den insgesamt 36893 stationären Austritten (2015: 35265) kommt es für die Finanzen vor allem auf die Patienten mit einer Halbprivat- oder Privatversicherung an. Jene, die lediglich über die Grundversicherung verfügen, hingegen sind ein «Nullsummenspiel», wie Bum-

bacher sagte. Der ambulante Bereich sei ein Verlustgeschäft. Bei den lukrativen Zusatzversicherungen sank der Anteil leicht von 21,8 auf 21,6 Prozent. Zugenommen haben insgesamt die Zuweisungen aus anderen Kantonen. Fast 52 Prozent der stationären Patienten kamen 2016 nicht aus Basel-Stadt, über 10000 reisten aus dem Basellbiet an. Am stärksten gewachsen ist der Anteil der Notfallpatienten um 6,3 Prozent, der restliche Bereich legte um 1,8 Prozent zu.

Um dem Ansturm bis zur Realisierung des Klinikums 2 gerecht zu werden, versuche man, die Produktivität laufend zu steigern. Roland Bingisser, Chefarzt des Notfallzentrums, erklärte, wie er mit derselben Infrastruktur und praktisch demselben Team jährlich rund 2000 Patienten mehr versorgen kann. Ein neues Triage-System sowie die notärztliche Hausarztpraxis hätten bereits Erleichterung gebracht. Im Sommer steht ein

neues Projekt an. Geeignete Patienten, laut Bingisser werden es rund drei am Tag sein, sollen ab da vom Notfall aus nicht mehr hospitalisiert, sondern heimbegleitet und aus der Distanz überwacht werden, bis der Hausarzt oder die Spitex übernimmt. Im Zusammenhang mit der Bruderholzspital-Initiative betonte Bingisser, dass bis zur Eröffnung des Klinikums 2 im 2026 auch auf dem Bruderholz eine 24-Stunden-Notfallversorgung mit Spitalinfrastruktur im Hintergrund stattfinden solle.

Bei all den positiven Zahlen bleibt Luft nach oben. Die Ebitda-Marge, die das Verhältnis des betrieblichen Ergebnisses vor Abzug von Zinsen, Steuern und Abschreibungen zum Umsatz anzeigt, stieg von 5,6 auf 6,7 Prozent. Für die langfristige Finanzierung und Refinanzierung der Anlagen wäre laut PricewaterhouseCoopers jedoch eine Marge von zehn Prozent notwendig.

Konsequenzen für Dürr gefordert

Juso und SVP reagieren auf Polizeispitzel-Affäre

Basel. Regierungsrat Baschi Dürr (FDP) leiste sich mit seinem Vorgehen bei diesem Vorfall die nächste schwerwiegende Panne. Die Basler Jungsozialisten verurteilen den Umgang des Justiz- und Sicherheitsdepartements (JSD) mit den Vorfällen rund um einen seiner Angestellten, der die Fichierung eines Erdogan-Kritikers aus dem Raum Basel aktiv unterstützt haben soll.

Das JSD befinde sich in einer Krise, in der sich Skandal an Skandal reihe, was gravierende Folgen für Basel habe, schreiben die Juso in einer gestern veröffentlichten Medienmitteilung. Die Jungsozialisten halten Justizdirektor Baschi Dürr deshalb für nicht mehr tragbar.

«Offensichtliches Fehlverhalten»

Auch die SVP Basel-Stadt macht sich Sorgen um das Bild, welches das JSD in der Öffentlichkeit abgibt. Obwohl die Polizeileitung vom Nach-

richtendienst des Bundes Informationen über einen Polizeiangehörigen erhalten habe, hätten weder Polizeikommandant Gerhard Lips noch sein Stellvertreter Rolf Meyer weitergehende Untersuchung oder Disziplinar-massnahmen gegen den Mitarbeiter ergriffen. «Die SVP fordert daher, dass die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates die Rolle des Polizeikommandanten und seines Stellvertreters untersucht», so die SVP gestern. Das Vertrauen in die Polizeileitung könne nur durch eine lückenlose Aufklärung der Vorkommnisse wiederhergestellt werden.

Was in der Polizeispitzel-Angelegenheit beim JSD passiert ist, sei eine «offensichtliche Fehleinschätzung und ein Fehlverhalten der Polizeileitung, gerade auch in der Personalführung». Dieser fehle es an Führungskompetenz und an Sensibilität für heikle und unhaltbare Vorgänge, heisst es weiter. hws

Zubringerrouten stärken den Veloring

Baselland will 20 Millionen Franken in seine Velorouten investieren

Basel/Liestal. Der Basler Veloring soll zum Kernstück für das regionale Velonetz werden. Doch wie sieht es mit den Zubringerrouten aus dem Basellbiet aus? Projekte wie der Velostreifen durch den Löliwald zwischen Oberwil und Biel-Benken oder die zweite Etappe des Velowegs Bubendorf-Ziefen werden im Laufe dieses Jahres realisiert. Im Hardwald sollte bald ein Veloweg in beiden Richtungen bereitstehen; in Liestal und Sissach sind kleinere Massnahmen zur Schliessung von Lücken im kantonalen Radroutennetz geplant.

Urs Roth, stellvertretender Basellbieter Kantonsingenieur, und Armin

Schmauss, Projektleiter Velorouten, stellten am Montagabend an der Generalversammlung von Pro Velo beider Basel einen neuen Velokredit vor. Roth rechnet damit, dass der Regierungsrat die Kreditvorlage in der zweiten Jahreshälfte an den Landrat überweist. Der Kredit soll rund 20 Millionen umfassen, wobei pro Jahr etwa 2,5 Millionen verbaut werden sollen.

Mit dem neuen Velokredit sollen Lücken im kantonalen Radwegnetz geschlossen werden, wie Schmauss präzisierte. Vorgesehen seien Gelder für Optimierungen, aber auch für die weitere Entwicklung des Netzes. Daneben

sind konkrete Projekte vorgesehen wie etwa eine bessere Erschliessung des Bahnhofs Liestal, eine Veloverbindung von Reinach durch das Industriegebiet Kägen nach Dornach/Arlesheim oder eine neue Velobrücke in Zwingen zur Erschliessung des Schulwegs.

Ob diese und weitere Massnahmen realisiert werden, entscheidet der Landrat. Schmauss ist sich bewusst, dass der 20-Millionen-Kredit in der Politik «einiges an Erklärungsbedarf» auslösen wird. Investitionen in das Radroutennetz würden zunehmend infrage gestellt und manchmal als Luxusausbauten dargestellt, sagte er. zen

Glückwünsche

100. Geburtstag

Basel. Heute gratulieren wir **Martha Weiss-Baer** herzlich zu ihrem hohen Geburtstag und wünschen ihr ein wunderschönes Fest und alles Gute für das neue Lebensjahr.

Hochzeitsjubiläen

Basel. Gleich zwei Ehepaare feiern an diesem Tag ihre diamantene Hochzeit. Wir gratulieren **Gertrud** und **Peter Baumgartner-Hersperger** sowie **Sonja** und **Paul Scheidegger-Hänni** ganz herzlich zu diesem schönen Anlass und wünschen den Jubilaren einen unvergesslichen Tag. gratulationen@baz.ch

Nachrichten

LDP gegen Veloring und für Alkoholausschank

Basel. Die Basler Liberaldemokraten haben die Nein-Parole zur Veloring-Initiative beschlossen und sagen Ja zum Alkoholausschank in Jugendbetrieben. Ein Nein empfehlen sie auch zur eidgenössischen Energievorlage. Im Übrigen hat die Parteiversammlung Patricia von Falkenstein als Präsidentin bestätigt.

CVP lehnt Veloring mit klarem Mehr ab

Basel. Auch die Basler CVP hat gestern ihre Parolen gefasst. Dabei wurde die Vorlagen zum Veloring und zum Alkoholausschank in den Jugendhäu-

sern klar abgelehnt. Die Energiestrategie 2050, ausgearbeitet von der eigenen Bundesrätin Doris Leuthard, fand hingegen breite Zustimmung. ck

Politische Werbung auch auf Trams und Bussen

Basel. Die Moving Media Basel passt ihre Bestimmungen für politische Werbung auf Bussen und Trams der BVB und der BLT an. Ab sofort können politische Organisationen auch Aussenflächen buchen. Ausgenommen bleiben allerdings die Vollwerbetrams und -busse, wie Moving Media mitteilt. Mit der Lockerung der Werbebestimmungen entspreche man einem wachsenden Bedürfnis der Werbekunden.

ANZEIGE



Herzlich willkommen in unserer neuen Praxis in ganz zentraler Lage in Basel-Stadt



Prof. Dr. med. Alexander Bachmann
ehem. Chefarzt Urologie
Universitätsspital Basel



PD Dr. med. Gernot Bonkat
ehem. Ltd. Arzt Urologie
Universitätsspital Basel



Dr. med. Georg Müller
ehem. Oberarzt Urologie,
Universitätsspital Basel

Neue Adresse

Centralbahnplatz 6, 4051 Basel-Stadt
direkt vis-a-vis Bahnhof SBB,
ehemaliger Eingang UBS, jetzt Subway

Telefon 061 226 30 00



www.alta-uro.com